

AHV: Bankenverband lehnt FBP-Vorschlag ab

Die FBP will höhere AHV-Beiträge. Abfedern will sie dies via OKP-Staatsbeitrag.

Patrik Schädler

Langfristig braucht die AHV mehr Geld. Die FBP hat in der letzten Woche dazu einen alternativen Vorschlag eingebracht. Sie will die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge an die AHV erhöhen. Um diese Mehrbelastung abzufedern, will sie den Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) massiv erhöhen und damit die Krankenkassenprämien senken. Zur Finanzierung sollen die wohlhabenden Gemeinden Vaduz und Schaan über den Finanzausgleich angezapft werden.

«Diese Lösung sehen wir kritisch, da die Entlastung ausschliesslich für Arbeitnehmer mit Wohnsitz Liechtenstein greift und Grenzgänger ausschliesst», erklärt Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbands (LBV). Dies würde die Attraktivität des Standorts

Liechtenstein als Arbeitsmarkt erheblich verschlechtern und nicht zuletzt die Rekrutierung von dringend benötigten Arbeitskräften aus den Nachbarländern erschweren. Im März wird sich der Landtag erstmals mit möglichen Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV befassen. Bis Ende Jahr muss die Regierung dem Parlament einen Vorschlag unterbreiten. In einem ersten Bericht zum versicherungstechnischen Gutachten hat sie bisher die Wirkung der Optionen Beitragserhöhung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Anhebung des Rentenalters auf 66 Jahre und Erhöhung des Staatsbeitrages an die AHV geprüft.

LIHK sieht Erhöhung der Lohnnebenkosten kritisch

Auch die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) kann dem Vorschlag, die Finanzierung der AHV über höhere Arbeitnehmer- und

Arbeitgeberbeiträge zu sichern, wenig abgewinnen. «Erst 2017 musste eine Anhebung der AHV-Beiträge verbucht werden. Die LIHK steht deshalb einer erneuten Erhöhung der Lohnnebenkosten kritisch gegenüber. Liechtensteinische Produkte und Dienstleistungen dürfen nicht weiter verteuert werden, wenn sie noch Abnehmer finden wollen», so LIHK-Geschäftsführerin Brigitte Haas. Auch der Bankenverband erachtet die Erhöhung der AHV-Beiträge als problematisch, lehnt sie aber nicht völlig ab. Es bräuchte gemäss Simon Tribelhorn aber eine umfassende Aufklärung. «Eine moderate Anpassung liesse sich allerdings mit der steigenden Lebenserwartung begründen und wäre sinnvoll», so Tribelhorn. Nichts abgewinnen können beide Verbände aber der aufkommenden Diskussion über einen Renten- und Steuergeldexport aufgrund der zahlreichen Grenzgänger. **3**